

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Brütting, sehr geehrte Herren Beigeordnete, wertvolle Kolleginnen und Kollegen sowie Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Sie diese Debatte verfolgen.

Die Situation der Kommunen hat sich gegenüber den Vorjahren verschlechtert. Spätestens seit der Vorstellung dieses Haushaltsplan-Entwurf wissen wir, dass um diesen Doppelhaushalt hart gerungen werden musste und muss. Meine Anträge von „Die Linke“ sind auf die Themen gerichtet, die sich mit Fehlentwicklungen auseinandersetzen.

Die Bedingungen für die Wirtschaft, als eine wichtige Grundlage für ausreichendes Einkommen Einzelner, aber auch für die Gemeinden verschlechtern sich gerade.

Allerdings: Vieles wurde dabei von den Unternehmen zu lange aufgeschoben, die sozial-ökologische Wende nicht geschafft.

„In den Städten entscheidet sich, ob die Menschen Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates haben“, so Frank-Walter Steinmeier vor kurzem. Ein Slogan, dass Arbeit Chancen für gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Aufstieg ermöglicht, daran glauben Viele nicht mehr.

Wir haben die Aufgabe, einen Ausgleich herzustellen

- weil wir damit Chancen ermöglichen, die Leben in unsere Stadt für alle lebenswert macht und den Start für junge Menschen erleichtert.

Investitionen in die Schulen, in Kinderbetreuungsplätze, für die Daseinsvorsorge, in Klima- und Hitzeschutz und in Infrastruktur waren richtig.

Invest von Gemeinden stützt die Konjunktur, hilft gegen Sanierungsstau, dagegen, dass Aufgaben aufgeschoben werden. Der Schaden bzw. höhere Kosten oder Strafzahlung werden damit abgewendet.

Ein Blick zurück, um die momentane Lage zu relativieren: In Zeiten von Corona haben sich die Bedingungen deutlich verschlechtert, aber: Die Erwerbsquote in Deutschland hat sich im Laufe der letzten Jahre kontinuierlich erhöht, 2001 lag sie bei 52,5 %, in 2024 auf 56 %.

Die Arbeitslosenzahl deutschlandweit lag in den letzten 10 Jahren jeweils unter 3 Mio., bei nahezu gleichbleibend ca. 750.000 offenen Stellen, aber wachsender Bevölkerung. Für Aalen liegt die Arbeitslosen-Quote aktuell bei 4,4 % besser als landesdurchschnittlich mit 4,7%. Das lässt hoffen.

Aber die Schere geht immer weiter auf. Milliardäre und Menschen mit hohem Vermögen, die teils ihren Reichtum auf Kosten der Natur und der Beschäftigten erwirtschaftet haben, werden weiterhin nicht ausreichend für die Aufgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge herangezogen. Viele arbeiten nicht, sie lassen ihr Geld arbeiten!

Wie schaffen wir es in den Kommunen alle mitzunehmen? Gerade bei den Beschäftigten zeigt sich, dass Menschen ohne Berufsausbildung es immer schwer haben werden. Daher soll ein Fokus auf den Startchancen liegen. Dazu deutlich in Bezug auf diesen Haushalt: Auf Kosten der Beschäftigten, der Teilorte, der Kultur als vorpolitischer Raum und Spiegel der Gesellschaft oder der sozialen Aufgaben darf es nicht gehen.

Anträge:

- A) a) Bei allen laufenden und künftigen Investitionen und Anschaffungen braucht es einen Plan B. Es sollte jeweils eine Alternative vorgesehen sein, wenn ein Ausschreibungsergebnis zu hoch ausfällt. Die kostengünstigere bzw. einfachere Ausführung soll dann gewählt werden. Kostensteigerungen sind zu vermeiden.**
- b) Einsparungen auf Kosten städtischen Beschäftigten nur in Abstimmung mit den einzelnen Mitarbeitenden in den Abteilungen. Wenn Kürzungen keine Mehrbelastung bringen kann es Stellenkürzungen geben. Gleichzeitig muss geregelt sein, dass erarbeitetes Wissen weitergeben werden kann und nicht wieder neu aufgebaut werden müsste. Wo mit stichprobenhaften Kontrollen gearbeitet werden darf oder es Spielräume wie „Ermessen“ gibt, bitte effektiv nutzen.**
- Alle anderen Möglichkeiten Kosten zu dämpfen müssen vorher angewendet werden, bevor Stellen gestrichen werden.**
- c) Analog dem Gebäudetyp E und dem was die Landesbauordnung jetzt neu ermöglicht sollen vorgesehene kommunale Maßnahmen überprüft werden. Z. B. beim Brandschutz im Bestand beantrage ich zu den Vorhaben eine zweite Beurteilung einzuholen.**
- Bei Anschaffungen sowie Nutzung von Räumen soll in Bezug auf Kosten priorisiert werden. Auch sollen bis jetzt ungenutzte städtische Gebäude belegt werden. So sollen Anmietungen zurückgefahren werden. Anreize für Homeofficearbeit wären zu verstärken um Synergieeffekte bei der Raumnutzung zu erreichen.**

B) Antragsfeld „Wohnen“:

Seit Jahrzehnten findet der Abbau von bezahlbarem Wohnraum statt. Der Mietspiegel könnte das Instrument der Gemeinden eingesetzt werden um bezahlbare Mieten zu regeln. Wenn beispielsweise nichts in eine abbezahlte Mietwohnung investiert wird darf der Erlös nicht automatisch Jahr für Jahr steigen.

Es handelt sich nicht mehr um die damals erdachte „soziale Marktwirtschaft“. Selbst bei Menschen mit guten Ausbildungen muss teils Wohngeld aus Steuergeldern an Vermieter fließen bzw. besteht Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein.

Die neueste Studie des Pestel-Instituts sieht mehrere Ursachen, keinesfalls in der aktuellen Situation die Zuwanderung.

Nur in den Landkreisen Tübingen, Calw und Freudenstadt gelte der Markt derzeit als einigermaßen ausgeglichen.

Das Instrument des Mietspiegels muss ausreichend analysiert werden, damit es bezahlbaren Wohnraum auch ohne Wohngeld-Zuschuss im Bestand gibt. Ich beantrage eine ausführliche Analyse und Debatte im Gremium bevor Eckpunkte des Mietspiegels pauschal festgelegt werden.

Mietwucher lässt sich nach der jetzigen Rechtslage praktisch kaum verfolgen, weil nachzuweisen wäre, dass eine Notsituation ausgenutzt wird.

In den ersten Jahrzehnten der BRD galt eine Mietpreisbindung, also ein Mietdeckel, teils bis 1989 in Gebieten mit Wohnungsmangel. Und dies trotz jahrzehntelanger konservativer Regierungen. Dies galt damals als Daseinsvorsorge.

Leerstände wegen dauerhaft lauter Umgebung, ungenehmigten Zwecken wie gewerblicher Nutzung als Ferienwohnungen, belasten wohnungswirtschaftlich gesehen die Allgemeinheit.

Alles rechtlich Mögliche wäre auszuschöpfen um bewohnbaren Leerstand zu aktivieren. Für Zweckentfremdung darf es keine Ausnahmegenehmigungen geben.

Das Land ermöglicht für unsere Region bis jetzt keine Chance die Wohnungseigentümer in die Verantwortung zu nehmen. **Es wird nötig die teils in der Vergangenheit sehr gut funktionierende vorbildliche Wohnraumakquise der Stadt Aalen zusammen mit der Wohnungsbau Aalen zu reformieren und verstärkt zu bewerben.**

C) Soziales:

a) Die Unterstützung durch verschiedene Förderungen des Staates wären ausreichend bekannt zu machen, weil wir hier bei Entscheidungen darauf bauen. Beispielsweise können wir die Gebühren wegen der mangelnden Finanzierung nach dem Konnexitäts-Prinzip nicht verträglich anpassen. Bisher braucht es für Eltern mit weniger Einkommen staatliche Zuschüsse, um verlässliche und gute Betreuung nutzen zu können. Information in Bezug auf Unterstützung sind wichtig, damit die Startchancen für Kinder stimmen. Die Sprache soll beim Schuleintritt möglichst gut erlernt sein. Jedes Kind sollte Zeit im Kindergarten und in der Schulkindbetreuung verbringen dürfen.

b) Schulessen darf nicht teurer werden, weil insbesondere Hauswirtschaftskräfte mehr zu leisten haben. Gesunde Lebensmittel müssen nicht hoch verarbeitet sein.

Hier sehe ich Stellschrauben. Respekt und verantwortliches Verhalten im Gegensatz zu dem was manche Hauswirtschaftskräfte oder Besucher dieser Essensräumen berichten. Wenn Schüler sich nach dem Motto verhalten: irgendjemand macht das schon. Es ändert sich, wenn vermittelt wird wie beizutragen wäre, damit Schulessen weiterhin zu erschwinglichen Preisen angeboten werden kann. Wenn die Schüler und Schülerinnen ihren Platz wie vorgefunden sauber verlassen, Geschirr zurückbringen und sich daran beteiligen, dass der Abfall beiseite geräumt wird; die sowieso in die Schule mitgebrachten Trinkflaschen bitte auch in der Mittagspause nutzen. Mitmachen etwas „klar Schiff“ zu machen, so erledigen viele Hände das, was wenige Hauswirtschaftskräfte stundenlang beschäftigen würde und hilft enorm mit dem Nebeneffekt, dass der Gemeinsinn gestärkt wird.

c) Antrag zur Reform der Spionkarte, damit soziale Aspekte wieder stärker greifen. In diesen Zeiten angespannter Haushaltslage sollten wir Teilhabe ermöglichen, bei gleichbleibenden Kosten. Für Auszubildende soll eine Einkommensüberprüfung erfolgen, Rentner können erst ab höherem Alter und mit Vermögens-einbeziehung profitieren. Die Einkommenswerte für die zweite und weitere Person in Haushalt sind jetzt zu hoch. Es brauchen keine Anreize geboten werden für die, welche sich die Angebote ohnehin leisten können. Die Ermäßigung für Freibäder und das Hirschbach-Hallenbad soll mit der Spionkarte auf 50 % angehoben werden.

D) Klima, Ökologie und Naturschutz:

a) Das europäische Ziel 30% Land- oder Wasserfläche unter Naturschutz und dabei 10 % unter strengen Schutz zu stellen wird mit ca. 1% im Stadtgebiet bei weitem nicht erreicht.

Beantragt wird Initiativen gegen Benefit zu fördern, dass mehr Biodiversität entsteht und bei Erfolg unter Schutz gestellt wird.

Unter anderem soll auf städtischen Flächen, welche vorhanden sind jedoch nicht genutzt werden, ökologisches Gleichgewicht entstehen.

b) Es braucht ungestörte Waldgebiete für die Wildtiere, für nützliche Spechte und dort lebende Wildtiere. Die Tiere werden besonders zu ihren Ruhezeiten gestört und somit dezimiert. Der Wald als Naherholungsgebiet ist unumstritten. Wildbrücken wären bei unumgänglichen Maßnahmen einzuplanen und die ausverhandelten Illegalen Trails konsequent zurückzubauen.

c) Die Grundwasserentnahmen auf Stadtgebiet sollen überprüft werden bzw. darauf eingewirkt werden, dass sich diese reduzieren lassen. Vor wenigen Jahren haben wir es erlebt, es gab Wochen ohne oder mit sehr wenig Niederschlag. Die Erlaubnis der Entnahme von Grundwasser durch die Industrie soll kontinuierlich zurückgefahren und damit Wiederverwendung von Wasser angeschoben werden.

d) Auf eine Katzenschutzverordnung wurde ich mehrfach angesprochen. Auch wenn dies bei all den Sorgen wegen des Haushalts als Außenseiterthema erscheint. Die Gemeinden sind für Tierschutz zuständig. Streuner- oder ausgesetzte Katzen sollen sich nicht weiter vermehren, das Problem wird nur größer, wenn hier nichts unternommen werden kann. Eine kostenneutrale Verordnung, dass Freigänger-Hauskatzen eine gut erkennbare Markierung erhalten und die männlichen Tiere ab einem bestimmten Alter kastriert werden müssen wird beantragt. Dies ermöglicht es Tierschützern die Katzen, welche niemand gehören, zu erkennen und dafür sorgen können, dass diese kastriert oder sterilisiert werden.

Ich bedanke mich herzlich bei Ihnen Herr Oberbürgermeister Brütting, Ihnen den Beigeordneten und den Mitarbeitenden der Kämmerei – insbesondere für die Erstellung des Haushaltentwurfs. Besonders danke ich allen Mitarbeitenden für die engagierte Tätigkeit in der Verwaltung und in allen Bereichen für die Stadt und für uns vom Gremium.

Mit Spannung erwarte ich die weiteren Debatten und würde mir wünschen, dass

die Themen „Soziales“ von vielen von Ihnen als Kitt für die Gesellschaft gesehen und mit vorangebracht werden. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.